Abend-Ausgabe Nr. 67 Mittwoch, 9. Februar 1938

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.30, durch Postbezug RM. 3.30 einschl. 48,44 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgeb.) bei siebenmal wöchentlich. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf., bei gleichzeitig. Versand d. Morgen- u. Abend-Ausgabe 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Lieysch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise n. Preisliste Nr. 7: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 6 Rpf. Ziffergeb. 50 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Japan lehnt Antwort auf die Flottennoten ab

Nur volle Gleichberechtigung kann Verhandlungsbasis sein

Tokio, 9. Februar.

Nach einer Mitteilung der „Tokio Nichi Nichi" sind das japanische Außenamt und die Marinestellen grundsätzlich entschlossen, das ultimative Ersuchen der Vereinigten Staaten, Englands und Frankreichs um Mitteilung der japanischen Flottenbaupläne abzulehnen. Die japanische Antwort erfolge spätestens am Ende dieser Woche und berücksichtige, daß die Ueberreichung der Washingtoner, Londoner und Pariser Noten als gemeinsamer Schritt der drei Mächte in Tokio anzusehen sei, da diese Noten im Kernpunkt übereinstimmten.

Die japanische Antwort werde hervorheben, erklärt das Blatt, daß Japan am Londoner Vertrag der drei Mächte unbeteiligt und infolgedessen auch zu keiner Erklärung über sein Flottenbauprogramm verpflichtet sei. Wenn Japan durch die Kündigung des Washingtoner Abkommens und seine Nichtbeteiligung am Londoner Flottenvertrag seine Rüstungsfreiheit wiederhergestellt habe, so bedeute das aber keineswegs eine auf Angriffsabsichten abgestellte Aufrüstung, sondern dies habe vielmehr die defensive Sicherung Japans bewirken sollen. Japan sei jederzeit zu Verhandlungen über qualitative Begrenzungen bereit, sofern seine Vorschläge zur quantitativen Begrenzung, d. h. also zum Rüstungsausgleich unter Anerkennung der Gleichberechtigung aller Nationen, als Verhandlungsbasis anerkannt würden. In Tokio werde eine solche Lösung der Flottenfrage als der richtige Weg zur Erhaltung des Weltfriedens und zur Wiederherstellung gegenseitigen Vertrauens angesehen.

In politischen Kreisen wird dazu betont, Hirota habe im japanischen Reichstag den festen Willen der Regierung zu erkennen gegeben, daß Japan nichts unversucht lassen werde, um die Beziehungen zu den Flottenmächten auf ihre traditionelle Grundlage freundschaftlicher Verständigung zurückzuführen. Japan lehne aber jede Einmischung in den Ostasienkonflikt, wie sie in dem gemeinsamen Vorgehen der drei Mächte erblickt werden könnte, grundsätzlich ab.

Mordagenten am Werk

Das Verschwinden des Sowjetgeschäftsträgers in Bukarest, Butenko, gibt nach wie vor in der rumänischen Hauptstadt zu mancherlei Gerüchten Anlaß. Die Lösung des Rätsels jedoch liegt auf der Hand. Sie wird klar, wenn man nur einige Ereignisse der allerletzten Zeit miteinander in Zusammenhang bringt und unter dem gemeinsamen Gesichtswinkel betrachtet, der sich von selbst aufdrängt. Man braucht sich dabei nicht an Ländergrenzen zu halten. Die Schuldigen, um die es sich handelt, tun es ja auch nicht. Parallel zur Internationalität der kommunistischen geistigen Propaganda läuft nämlich auch die Internationalität der verbrecherischen Anschläge. Da explodiert in der Wohnung eines antibolschewistischen Schriftstellers, Iwan Solonewitsch, eine Höllenmaschine und tötet dessen Frau und verwundet einen zufällig anwesenden russischen Emigranten. Solonewitsch erklärt der Polizei von Sofia, ihm sei schon vor einiger Zeit gedroht worden, er würde früher oder später durch Agenten der GPU ermordet werden. Die GPU führt ja genaue Listen über jeden Emigranten; und stellt sie bei irgendeinem fest, daß er sich in sowjetfeindlichem Sinne betätigt, so ist über diesen das Todesurteil gesprochen. Solonewitsch war den Herren im Kreml besonders unangenehm, weil er als früherer Sowjetfunktionär das System der Sowjetherrschaft genau kannte und in seinen Büchern, die in dreißig Sprachen verbreitet sind, manche Dinge enthüllte, die dem Außenstehenden nicht verständlich waren. Also versuchte man, ihn zu beseitigen. Ganz ähnlich lagen die Vorgänge in Paris, die die europäische Oeffentlichkeit mehrfach beschäftigten. Ohne daß die französische Polizei es verhindern konnte, beseitigten die Moskauer Mordagenten die zaristischen Generale Kutjepow und Miller, weil diese an der Spitze der Emigrantenorganisation standen und ihr Wirken antibolschewistisch war. Das tollste Stück ereignete sich in Paris aber auch erst dieser Tage. Die französische Polizei hatte die Sowjetagentin Lydia Grossowsky gefaßt, die in der Schweiz an einem politischen Morde mitgewirkt hatte. Was aber tat man? Man ließ die Agentin auf freiem Fuß, weil die sowjetrussische Handelsvertretung eine Kaution von 50000 Franken für die Verbrecherin hinterlegte. Von da ab verschwand Lydia Grossowsky von der Bildfläche. Wo sie geblieben ist, weiß niemand. Vielleicht hat sie die schützende Grenze erreicht. Es ist aber ebenso möglich, daß die Agenten der GPU sie beseitigt haben, denn mit Werkzeugen, die ihre Pflicht erfüllt haben, pflegt die GPU von jeher skrupellos zu verfahren. Die Hauptsache ist, man macht solche Werkzeuge mundtot; auf welche Weise, ist eine Frage von geringerer Bedeutung.

Uebrigens hat die Pariser Polizei bei dieser Gelegenheit in doppelter Hinsicht versagt. Als die Flucht der GPU-Agentin bekannt wurde, veröffentlichte die Presse ein Bild, von dem sich nachträglich herausstellte, daß es eine andere Person darstellte. Das richtige Bild wurde erst fünf Tage später verbreitet. Ein Stadtverordneter hat an den Polizeipräfekten die Frage gerichtet, wie es möglich gewesen sei, daß man der Presse das Bild einer Person übermittelt habe, die mit der Gesuchten nicht die geringste Aehnlichkeit aufweist.

Das Verschwinden des Sowjetgeschäftsträgers in Bukarest ist ein Glied in einer Kette ähnlicher bolschewistischer Verbrechen. Die GPU macht vor Diplomaten nicht halt. Man muß sich daran erinnern, daß verschiedene Auslandsvertreter der Sowjetunion, die es mit ihrem Gewissen nicht mehr vereinbaren konnten, dem blutigen Diktator Stalin zu dienen, sich auf der Flucht vor GPU-Agenten befinden und immer wieder ihren Wohnsitz wechseln, um nicht einem dunklen Schicksal zu verfallen. Die Erinnerung gerade an diese Tatsache liegt freilich nahe genug, denn auch der frühere Bukarester Sowjetgesandte Ostrowski gehört zu diesen Personen. Er hat, wie wir erst kürzlich meldeten, Wien verlassen, da er sich dort vor GPU-Agenten nicht mehr sicher fühlte. Die Erklärung des Falles Butenko ist also wirklich sehr leicht. Entweder hat Butenko freiwillig seinen Bukarester Posten verlassen und irgendeine Bluttat vorgetäuscht, um auf diese Weise den GPU-Agenten Moskaus zu entgehen, oder aber diese Moskauer Sendlinge haben ihren Auftrag rechtzeitig zu erfüllen vermocht und Butenko beseitigt. Menschenleben spielen nun einmal im Sowjetparadies keine Rolle, und bei dem großen Aufräumen, das Stalin in der sowjetrussischen Diplomatie durchführen läßt, kommt es auf einen Geschäftsträger mehr oder weniger nicht an. Man muß nur fragen, wann endlich kultivierte und zivilisierte Staaten aus diesen Methoden Moskaus Folgerungen ziehen werden. Zwar muß man auch im Falle Butenko wieder Merkwürdigkeiten erleben. Das englische sozialdemokratische Blatt „Daily Herald" scheut sich nämlich nicht, eine Entlastungsoffensive für die Bolschewisten zu beginnen. Es versteigt sich sogar zu der grotesken Behauptung, „rumänische Faschisten" hätten den Sowjetgeschäftsträger entführt. Auch dieser Dreh hat jedoch längst an Reiz der Neuheit verloren. Das englische Sozialistenblatt enthüllt durch derartige unsinnigen Verdächtigungen lediglich, wie willfährig es kommunistischen Einflüsterungen Gehör schenkt. Ebensogut könnte man die Flucht des Pariser Botschaftsrats Bessedowski, des Athener Gesandten und alle die übrigen Vorkommnisse für faschistische Machenschaften erklären. Wir überlassen es dem „Daily Herald", sich mit unsinnigen Behauptungen zu blamieren. Wir halten uns an die Tatsachen, und die sind völlig eindeutig. Die sich immer wiederholenden GPU-Anschläge, die sich bald in Paris, bald in Sofia, bald in Bukarest oder anderen Orten ereignen, beweisen jedenfalls, daß man es mit einem international organisierten politischen Verbrechertum zu tun hat, das auf das schärfste bekämpft werden muß.

Mailänder Stadttheater durch Feuer zerstört

Nur die Fassade blieb stehen – Glücklicherweise keine Menschenopfer

Mailand, 9. Februar.

Das Teatro Lirico in Mailand wurde am Mittwochvormittag durch einen Brand fast vollständig zerstört. Das Feuer, das sich wahrscheinlich schon während der Nacht im Innern des Gebäudes ausgebreitet hatte, wurde erst in den frühen Morgenstunden bemerkt, so daß es der Feuerwehr nicht mehr gelang, das Theater zu retten. Der Zuschauerraum wurde durch den Einsturz der großen Dachkuppel vollständig zertrümmert, und auch das Bühnenhaus hat schwere Beschädigungen erlitten. Von dem vordieren Teil des Theaters blieb nur die Fassade stehen. Man nimmt an, daß der Brand durch einen während der gestrigen Abendvorstellung achtlos weggeworfenen Zigarettenstummel entstanden ist. Bei den Löscharbeiten erlitt ein Feuerwehrmann Verletzungen.

Das der Stadtgemeinde Mailand gehörende Theater, in dem hauptsächlich Operetten und Revuen gespielt wurden, ist im Jahre 1894 erbaut worden. Es war eine der größten Bühnen Mailands und faßte 2700 Personen. Im Jahre 1932 war es völlig renoviert worden.

Fährt Vansittart nach Rom?

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 9. Februar.

Die englisch-italienische Fühlungnahme wird von der englischen Presse weiterhin in recht optimistischem Sinne behandelt. Uebereinstimmend wird in den Londoner Blättern festgestellt, daß die Spannungen zwischen Rom und London in den letzten Wochen nachgelassen haben. Die Besprechungen, die jetzt geplant seien, würden eine endgültige Regelung des englisch-italienischen Verhältnisses zur Folge haben. Man sieht unter diesen Umständen auch in Londoner politischen Kreisen mit großem Interesse der Unterredung entgegen, die der italienische Botschafter Grandi heute nachmittag mit dem englischen Außenminister Eden haben wird. Es tauchen sogar schon Gerüchte auf, daß Sir Robert Vansittart nach Rom reisen werde oder aber, daß die heutige Unterredung Grandis mit Eden zu einer Einladung des Grafen Ciano nach London führen würde.

Die italienische Presse bleibt im ganzen etwas skeptischer als die englischen Blätter. Auch die römischen Blätter sprechen wohl von einer Aufhellung der Atmosphäre, die man willkommen heißen könne, fügen aber hinzu, daß man angesichts der Erfahrungen, die man mehrfach mit England habe machen müssen, zur Skepsis verpflichtet sei. Die guten Absichten der englischen Regierung seien gewiß begrüßenswert, wenn sie wirklich aufrichtig wären und nicht etwa auf einen Versuch hinauslaufen sollten, Italien von den festen Richtlinien seiner Politik abzudrängen.

„Daily Telegraph" berichtet, daß Graf Grandi am Dienstagabend mit dem ständigen Unterstaatssekretär Cadogan eine Unterredung gehabt habe. Seitdem Italien seine Bereitschaft zur Verstärkung der Patrouillentätigkeit im Mittelmeer erklärt habe, scheine eine wirksamere Zusammenarbeit auch in den anderen Fragen des spanischen Konfliktes aussichtsreicher zu sein. Die gestrigen Besprechungen hätten allerdings noch keinen Fortschritt in der dabei aufgeworfenen Frage der Freiwilligenzurückziehung gebracht. Man habe lediglich die verschiedenen Methoden geprüft, wie man die Gesamtfrage anpacken könnte. Britischerseits seien neue Vorschläge gemacht worden, die noch geprüft würden, und über die sich jetzt die Botschafter mit ihren Regierungen aussprechen hätten.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Expreß" schreibt, Edens Bemühungen, die Freiwilligen aus Spanien herauszubekommen, seien gestern abend in Gefahr gebracht worden durch die glatte Weigerung der Sowjetregierung, mitzutun. Nunmehr werde der französische Botschafter Corbin „in Anbetracht der Freundschaft seiner Regierung mit der Sowjetregierung" versuchen, den Sowjetbotschafter Maisky umzustimmen.

Die österreichischen Skiwettkämpfe abgesagt

Wien, 9. Februar.

Die österreichische Sport- und Turnfront sagte am Dienstagabend die Skiwettkämpfe in Murau, an denen bekanntlich auch Reichsdeutsche teilnehmen wollten, ab. Dem Vernehmen nach befürchten die Behörden ähnliche Zwischenfälle, wie sie sich am 6. Februar auf der Saßnitz-Schanze bei Klagenfurt ereigneten.

Roosevelt gegen „Amateur-Strategen"

Washington, 9. Februar.

Die in den letzten Tagen ständig wachsende Propaganda der „isolationistischen" Parlamentarier gegen angebliche Bindungen zwischen Washington und London veranlaßte am Dienstag Außenminister Hull zu einem förmlichen Schreiben an den Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses des Bundessenats, Pittmann. Hull leugnet das Bestehen irgendeines Bündnisses oder Uebereinkommens zwischen England und USA oder mit dritten Mächten bezüglich eines Kriegsfalles, sowie bezüglich einer gemeinsamen Operation der amerikanischen Marine mit anderen Kriegsflotten und schließlich hinsichtlich irgendeiner Patrouillentätigkeit der amerikanischen Flotte in irgendwelchen Gewässern.

Eine Erklärung aus der Pressekonferenz

Die Pressekonferenz, die am Dienstag in Washington stattfand, stand im Zeichen der amerikanischen Außenpolitik. Als Roosevelt gefragt wurde, ob er mit der Ansicht einer Reihe von Senatoren übereinstimme, daß die Vereinigten Staaten auch im Atlantischen Ozean eine Kriegsflotte stationieren sollten, äußerte er sich dahingehend, daß dies Meinungen von „Amateur-Strategen" seien.

Beileid des Führers zum Tode des Prinzen Nikolaus von Griechenland

Berlin, 9. November.

Der Führer und Reichskanzler hat seiner Majestät dem König Georg II. von Griechenland, ebenso ihren königlichen Hoheiten dem Prinzregenten Paul und der Prinzessin Olga von Jugoslawien zum Ableben des Prinzen Nikolaus telegraphisch seine Anteilnahme zum Ausdruck gebracht.

Französisches Wasserflugzeug zerschellt

Paris, 9. Februar.

Ein französisches Wasserflugzeug der Strecke Marseille—Tunis ist am Mittwochvormittag beim Start in Mariana in der Nähe von Marseille gegen eine Kaimauer gerast und zerschellt. Die Zahl der Todesopfer soll sich auf acht belaufen. Einzelheiten zu dem Unglück sind noch nicht bekannt.